



---

# Dritte Sitzung des Beirates bei der Koordinierungsstelle für digitale Dienste in der Bundesnetzagentur

---

Januar 2025

## Bericht des Digital Services Coordinator

### Verbraucherschutz | User-Beschwerden

Das Beschwerdeaufkommen steigt kontinuierlich an, der DSC verzeichnet bisher (Stand: 13.01.2025) über 850 Beschwerden wegen - mutmaßlicher - Verstöße gegen den Digital Services Act (DSA). Inhaltlich betreffen die Beschwerden überwiegend

- die Benutzerfreundlichkeit der Meldewege bei illegalen Inhalten,
- die nicht ausreichende Begründung der Diensteanbieter hinsichtlich ihrer Entscheidungen über die Entfernung bzw. Nicht-Entfernung von Inhalten,
- den Umgang mit Beschränkungen von Accounts, Inhalten oder Diensten.

Die meisten dieser Beschwerden betreffen Diensteanbieter mit Sitz außerhalb Deutschlands und sind im Wesentlichen den sehr großen Online-Plattformen (VLOPs) zuzuordnen.

### Systemische Risiken

Mit Blick auf die anstehenden Neuwahlen zum Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025 koordiniert der DSC verschiedene Austauschformate:

Erste Gesprächsrunden mit relevanten sehr großen Online-Plattformen, Behörden, Forschenden und Organisationen der Zivilgesellschaft zu den Vorgaben des DSA mit Blick auf mögliche systemische Risiken im Zusammenhang mit Wahlen haben bereits im Dezember 2024 auf Arbeitsebene und unter Beteiligung der EU-Kommission stattgefunden. Weitere Gesprächstermine sind für Januar und Februar 2025 in Planung.

Vertieft werden diese Austausche bei einem sog. Runden Tisch in Berlin am 24.01.2025 wiederum gemeinsam unter Beteiligung der EU-Kommission, von weiteren relevanten nationalen Behörden sowie von Organisationen aus Forschung und Zivilgesellschaft. Dabei sollen insbesondere die Maßnahmen der Plattformen zur Einhaltung der Leitlinien der EU-Kommission zur Minderung systemischer Risiken in Wahlprozessen („Election Guidelines“) und deutschlandspezifischen Fragen mit Blick auf die Bundestagswahl besprochen werden.

Der DSC hat an Informationsveranstaltungen des BSI für Kandidierende zur Bundestagswahl aktiv teilgenommen, um über den DSA zu informieren.

Zusätzlich soll am 31.01.2025 ein sog. Stresstest in Bonn stattfinden, welchen die EU-Kommissionen vor nationalen Wahlen empfiehlt. Bei diesem besprechen der DSC, die EU-Kommission, nationale Behörden, Forschende und Organisationen der Zivilgesellschaft verschiedene mögliche Szenarien, die sich vor und während der Wahl auf den sehr großen Online-Plattformen ergeben könnten.

Schließlich wurde ein Informationspaket erstellt, das sich an Parteien und Kandidierende zur Bundestagswahl richtet. Dieses enthält einen Überblick über den Umgang mit rechtswidrigen Inhalten, Handlungsmöglichkeiten bei Löschungen von Inhalten bzw. der Sperrung von Accounts, Empfehlungen zur Verifizierung von Accounts sowie weiterführende Informationen. Das Paket soll den Parteien und Kandidierenden zur Verfügung gestellt werden.

### **Nationale Koordinierung**

Anlässlich des durch die EU-Kommission begonnenen Verfahrens gegen den Online-Marktplatz Temu hat der DSC Behörden, Institutionen und Unternehmen kontaktiert und - zusätzlich zu der bereits im Sommer 2024 erfolgten Abfrage im Rahmen der Vorermittlungen der EU Kommission - weitere - Hinweise zu möglichen Verstößen gegen die im Verfahren aufgeführten DSA-Inhalte gebeten.

Weiterhin wird an einer Verwaltungsvereinbarung gearbeitet, welche gemäß § 18 Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) zwischen dem DSC und den weiteren zuständigen Behörden geschlossen werden kann.

### **Zertifizierung außergerichtlicher Streitbeilegungsstellen**

Insgesamt sind beim DSC bislang fünf Anträge auf Zertifizierung als außergerichtliche Streitbeilegungsstelle eingereicht worden. Nach der Zertifizierung von User Rights GmbH (siehe Bericht zur 1. Sitzung des DSC-Beirats vom 18.09.2024) werden aktuell drei weitere Zertifizierungsanträge geprüft. Ein Antragsverfahren wurde ohne Entscheidung beendet, da das Verfahren in einem anderen EU-Land bereits abgeschlossen wurde.

### **Zulassung von Trusted Flaggern**

Insgesamt haben bislang 22 Anträge den DSC erreicht. Die Anträge werden mit den vorhandenen Kapazitäten chronologisch nach deren Einreichung bearbeitet. Aktuell befinden sich sechs Anträge in einer vertieften Prüfung. Ein Antrag wurde mittlerweile zurückgenommen. Vier weitere Anträge wurden als nicht ernst gemeinte Anträge identifiziert und nicht weiter bearbeitet. Eine detaillierte Prüfung der restlichen bisherigen Anträge erfolgt fortlaufend.

### **Nationale Aufsicht**

Anhand eingehender User-Beschwerden über das Beschwerdeportal werden mögliche Verstöße gegen Bestimmungen des DSA identifiziert. Diensteanbieter werden zwecks Sachverhaltsaufklärung kontaktiert. Nach Auswertung der Rückmeldung wird über die Notwendigkeit weitergehender Maßnahmen entschieden. Gegenwärtig laufen Auskunftersuchen gegen drei Plattformbetreiber wegen möglicher DSA-Verstöße, bspw. gegen einen Plattformbetreiber mit Sitz außerhalb der EU, der in der EU keinen gesetzlichen Vertreter benannt hat.

## **Europäische Koordinierung**

Der Austausch zwischen den nationalen Koordinierungsstellen und der EU-Kommission findet weiterhin in regelmäßigen Sitzungen des European Board for Digital Services (EBDS) statt. Der zehnte Termin fand am 12.12.2024 statt. Das nächste Treffen des EBDS findet am 24.01.2025 statt. Die anstehenden und durchgeführten EBDS-Treffen sowie der dazugehörigen Arbeitsgruppen wurden mit den weiteren zuständigen Behörden sowie dem Bundeskriminalamt abgestimmt.

Der DSC steht mit Blick auf das Attentat in Magdeburg in engem Austausch mit der EU-Kommission und dem irischen DSC; diese sind für die Durchsetzung des DSA gegenüber X zuständig. Des Weiteren steht der DSC hierzu in Kontakt mit dem BMI und dem BKA.

## **Datenzugang für die Forschung**

Der Entwurf des delegierten Rechtsakts der EU-Kommission zum Datenzugang wurde vom 19.10.2024 bis zum 10.12.2024 öffentlich konsultiert. Nach einem Austausch mit der deutschen Forschungs-Community am 15.11.2024 hat der DSC fristgerecht eine Stellungnahme zu dem Entwurf an die EU Kommission übermittelt.

## **Forschungsvorhaben und Studien**

Die in 2024 beauftragten Studien

- „Identifikation, Bewertung und Bekämpfung von systemischen Risiken“
- „Gesellschaftliche Auswirkungen systemischer Risiken auf Wahlen“
- „Gesellschaftliche Auswirkungen systemischer Risiken durch Suchtgefahr“

werden derzeit finalisiert und voraussichtlich im ersten Quartal 2025 veröffentlicht.

Darüber hinaus enthält das WIK Forschungsprogramm vier Forschungsprojekte, die für den DSC relevant sind und entsprechend begleitet werden:

- "Algorithmisches Auditing digitaler Dienste"
- "WIK-Monitoring 2.0"
- "Digitale Abhängigkeit und die Rolle von "Addictive Design"-Elementen"
- "Verbreitung und Auswirkungen von Desinformation im Kontext des Digital Services Act"